

Disposition Präs. Mödlhammer
54. Österreichischer Gemeindetag
Klagenfurt, 28.9.2007

Herzlich willkommen beim 54. Österreichischen Gemeindetag!

Herzlich willkommen bei der größten kommunalpolitischen Veranstaltung Österreichs, einer Demonstration der Geschlossenheit unserer Gemeinden und darüber hinaus ein Treffen von guten Freunden und ein gesellschaftliches Ereignis.

Herzlich willkommen in Österreichs südlichem Bundesland, in der schönen und traditionsreichen Lindwurm-Stadt Klagenfurt.

„Meine Gemeinde sorgt dafür“ – ein kurzer Film mit einer wichtigen Botschaft hat uns auf den heutigen Gemeindetag eingestimmt. Es ist vielen Bürgern ja gar nicht klar – und es ist uns selbst oft gar nicht bewusst – wie groß das Ausmaß der Leistungen ist, das die Gemeinden Tag für Tag für die Menschen erbringen. Wie sehr die Kommunalpolitik und die Gemeindeverwaltung das tägliche Leben jedes einzelnen Österreicher und jeder einzelnen Österreicher beeinflusst, und zwar von der Wiege bis zur Bahre. Das beginnt mit der Geburt, denn nach den Eltern, dem Arzt und der Hebamme ist der Standesbeamte sozusagen die erste Behörde für den jungen Erdenbürger. Das setzt sich fort mit der Kinderkrippe, dem Kindergarten und der Pflichtschule – alles Gemeindevorrichtungen, die unseren Kindern Rüstzeug fürs Leben vermitteln. Und weiter: Sauberes Wasser, gepflegte Straßen und Wege, eine funktionierende Abwasser- und Abfallentsorgung, Sport- und Freizeiteinrichtungen, ein Höchstmaß an Sicherheit und schließlich die Pflege im Alter – die Gemeinde ist zuständig, die Gemeinde kümmert sich darum, die Gemeinde sorgt dafür. Sie ist somit die einzige Gebietskörperschaft, für die ohne Wenn und Aber die drei Worte gelten, die als Motto über dem 54. Österreichischen Gemeindetag stehen:

Zentrum des Lebens!

Meine sehr verehrten Damen und Herren!

In aller Bescheidenheit betrachten wir es als Anerkennung dieser Bedeutung der Kommunalpolitik, dass alljährlich so viele höchste und hohe Ehrengäste den Weg zum Österreichischen Gemeindetag finden.

Ich begrüße besonders herzlich unser Staatsoberhaupt Bundespräsident Dr. Heinz Fischer! Wir freuen uns, dass er, wie sein Vorgänger, bisher noch keinen einzigen Gemeindetag ausgelassen hat.

Ein herzliches Grüß Gott entbiete ich Seiner Exzellenz Diözesanbischof Dr. Alois Schwarz. Es ist eine hohe Ehre, dass er heute zu uns gekommen ist.

Ich begrüße die Vertreter der Bundesregierung, an der Spitze Innen- und Gemeindeminister Günther Platter. Wir haben einige Wünsche an ihn und sind schon gespannt auf sein Referat.

Ich begrüße die Vizepräsidentin des Bundesrates, Anna Elisabeth Haselbach und alle anwesenden Abgeordneten zu den gesetzgebenden Körperschaften.

Mein Gruß gilt weiter dem Landeshauptmann von Kärnten, Dr. Jörg Haider, und mit ihm allen Vertretern der Bundesländer.

Er ist ebenfalls Landeshauptmann, aber ich begrüße ihn heute in seiner Funktion als Präsident des Österreichischen Städtebundes und damit als einen unserer wichtigsten Partner: Dr. Michael Häupl nimmt meines Wissens heute erstmals an einem Gemeindetag außerhalb seiner Residenzstadt Wien teil – wir sind uns der Ehre bewusst.

Einen besondern Gruß entbiete ich dem Präsidenten des polnischen Verbandes der Landgemeinden, Mariusz Poznanski, und allen unseren ausländischen Gästen aus Südtirol, Bayern und Baden-Württemberg. Ihr Kommen unterstreicht die Rolle der österreichischen Gemeinden und ihrer Interessenvertretung als Vorkämpfer und Träger des Europagedankens.

Ganz besonders herzlich begrüße ich meine beiden Vorgänger Ferdinand Reiter und Franz Romeder und mit ihnen alle erschienenen Ehrenmitglieder und Ehrenringträger des Österreichischen Gemeindebundes. Sie haben, oft unter schwierigsten Bedingungen die Grundlagen geschaffen, auf denen wir heute aufbauen können.

Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Es ist schon Tradition, dass wir am Beginn eines Gemeindetages auch unserer Toten gedenken. Ich ersuche Sie, sich für ein kurzes Gedenken an alle jene Bürgermeister, Gemeindemandatäre, Funktionäre, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die seit dem letzten Gemeindetag aus unserer Mitte gerissen wurden, von ihren Plätzen zu erheben.

Stellvertretend für alle unsere Toten nenne ich zwei Kommunal-Legenden Ehrenmitglieder des Österreichischen Gemeindebundes – den früheren Bürgermeister von Ferndorf und Präsidenten des Kärntner Gemeindebundes Otto Kofler und den langjährigen Bürgermeister von Bad Schallerbach und Präsidenten des Oberösterreichischen Gemeindebundes Rudolf Stumpfl.

Wir werden uns ihrer und aller unserer teuren Verstorbenen immer in Dankbarkeit erinnern. Ich danke Ihnen für dieses würdige Gedenken.

Hoher Gemeindetag!

Der Österreichische Gemeindebund, der das Jubiläum im November entsprechend feiern wird, und einige seiner Landesorganisationen können heuer auf das 60jährige Bestehen zurückblicken. Und ein Thema hat die Interessenvertretung der Kommunen in allen diesen sechs Jahrzehnten beschäftigt, und zwar auf nationaler Ebene ebenso wie auf der europäischen – die Probleme des ländlichen Raumes.

Vor einem Jahr stand in Wien der ländliche Raum im Mittelpunkt des 53. Gemeindetages, er bildet auch heute den inhaltlichen Kernpunkt und ich kann schon jetzt voraussagen: Auch der Gemeindetag 2008 wird sich mit den Sorgen und den Chancen des ländlichen Raumes auseinandersetzen.

Während es im Vorjahr vor allem um die Arbeitsplätze und um die kleinen und mittleren Unternehmen im ländlichen Raum ging, geht es diesmal hauptsächlich um die Daseinsvorsorge. Sie stellt für die Landgemeinden aufgrund langer Wege und Leitungen eine besondere Hausforderung dar und stand gestern auch im Mittelpunkt der hochrangig besetzten Fachtagung. Natürlich stehen beide Arbeitsfelder in engem Zusammenhang, denn selbstverständlich kann es ohne eine funktionierende Daseinsvorsorge keinen attraktiven Wirtschaftsstandort geben. Aber sie zeigen noch etwas sehr Wichtiges: Der ländliche Raum braucht komplexe, ganzheitliche Lösungen.

Die Zeiten, in denen Politik für den ländlichen Raum mehr oder weniger ausschließlich Agrarpolitik war, sind längst – nämlich seit mindestens 50 Jahren - vorbei. Der Strukturwandel in der Landwirtschaft, die tiefgreifenden gesellschaftlichen Veränderungen, die Technisierung, der Konzentrationsprozess in der Wirtschaft, das sind nur einige Entwicklungen, die den ländlichen Raum nachhaltig verändert, die ihm neue Probleme, neue Risiken, aber auch neue Chancen eröffnet habe. Um den ländlichen Raum in seiner

Vielfalt und Schönheit als Lebens-, Wirtschafts- und Erholungsraum abzusichern, ist die Bildungspolitik ebenso gefordert wie die Jugend- und Familienpolitik, die Verkehrspolitik ebenso wie die Sozialpolitik, die Sicherheitspolitik ebenso wie die Wirtschaftspolitik.

Oder anders gesagt: Alle Gebietskörperschaften sind gefordert! Der ländliche Raum muss – ich betone es immer wieder – ein nationales Anliegen sein. Wobei sich unsere Partner, vor allem die großen Städte, dieses Anliegen nicht aus Pflichtbewusstsein zu eigen machen sollen, sondern im eigenen Interesse, wenn Sie so wollen aus Eigennutz. Denn zu Recht hat der langjährige französische Ministerpräsident Edgar Faure einmal festgestellt: „Wenn das Land nicht mehr atmet, wird auch die Stadt ersticken“.

Sicher sind uns als Interessenvertretung der Gemeinden einige Erfolge gelungen. So konnte die seinerzeit geplante Schließung vieler Postämter verhindert werden, es wurde ein Beobachtungszeitraum vereinbart und danach ist ein Großteil der betroffenen Ämter erhalten geblieben. Ähnliches gilt für die Polizeiposten, wobei wir nach wie vor eine Bestandsgarantie für das bestehende Netz und die Installierung von „Vertrauenspolizisten“ für jene Orte fordern, in denen die Posten geschlossen wurden. Aber seien wir ehrlich: Das sind Erfolge in der Defensive. Wir brauchen aber eine Offensivstrategie für den ländlichen Raum.

Im Sinn des ganzheitlichen Ansatzes und gestützt auf wissenschaftliche Untersuchungen haben wir vor einem Jahr die Forderung nach einem umfassenden Masterplan für die Infrastruktur im ländlichen Raum erhoben. Beim Gemeindetag in Wien haben dazu alle anwesenden Bundes- und Landespolitiker sowie Experten zustimmend mit den Köpfen genickt. Aber wirklich passiert ist seither nichts.

Die Forderung bleibt also aufrecht und ich wiederhole sie nachdrücklich: Wir brauchen dringend einen Masterplan für Infrastruktur im ländlichen Raum, der zunächst den Ist-Zustand erheben und daraus einen Soll-Zustand ableiten soll, wobei sich diese Zielvorstellungen nicht nur an wirtschaftlichen Faktoren orientieren, sondern auch soziale und regionale Gesichtspunkte mit einbeziehen sollen.

Eine große Rolle kommt dabei den modernen Kommunikationstechnologien zu. Sicher wurde in Österreich schon viel getan, um die Breitbandtechnologie voran zu treiben. Aber es muss noch viel geschehen. Denn wenn nicht Menschen pendeln, sondern Daten, fallen viele Standortnachteile der peripheren Regionen weg. Lassen Sie mich dazu einen der tiefsten Kenner des ländlichen Raumes zitieren, Dr. Sixtus Lanner: „Möglicherweise zum ersten Mal seit Beginn der industriellen Revolution hat der ländliche Raum gegenüber den Ballungszentren eine gleichwertige Chance, vom technologischen Wandel zu profitieren. Der Chip ist im Dorf und in der Stadt gleich schnell. Viel für die Zukunft des ländlichen Raumes wird davon abhängen, wie weit es gelingt, die Vorteile der ländlichen Struktur mit den modernen Möglichkeiten der Technik zu kombinieren.“

Eines, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist unbestritten: Die ländlichen Regionen brauchen funktionierende, leistungsfähige, innovative und finanziell entsprechend ausgestattete Klein- und Mittelgemeinden wie einen Bissen Brot. Mit ihren Leistungen in der Daseinsvorsorge und weit darüber hinaus bilden sie heute wie eh und je das Rückgrat des ländlichen Raumes. Sie schaffen die solide Grundlage, auf der Aktivitäten und Förderungsmaßnahmen des Bundes und der Länder für den ländlichen Raum aufbauen können.

Zum Beispiel im Bereich der Sicherheit. Der heurige Sommer hat es uns ja drastisch vor Augen geführt: Die verheerenden Flächenbrände die in Griechenland mehr als 60 Menschenleben gekostet und Sachwerte in Milliardenhöhe vernichtet haben, wären in diesem Ausmaß in Österreich nicht möglich. Weil es mit Unterstützung der Kommunalpolitik bestens ausgebildete Freiwillige Feuerwehren nicht nur in jeder Gemeinde, sondern auch in fast jeder Katastralgemeinde gibt.

Oder im Straßen- und Wegebau, der für den ländlichen Raum von existenzieller Bedeutung ist. In der Öffentlichkeit ist viel zu wenig bekannt, welchen gewaltigen Umfang diese Aufgabe hat. Der Bund erhöht die LKW-Maut auf den Autobahnen und die Länder wollen mehr Geld für die früheren Bundesstraßen. Aber kein Mensch redet davon, dass 70 Prozent der Straßen den Gemeinden gehören und von ihnen zu erhalten sind. Wobei die Unterstützung durch die Länder in sehr unterschiedlichem Ausmaß erfolgt.

Und die Gemeinden haben längst bewiesen, dass sie die Dienstleistungen der Daseinsvorsorge – wie Wasserversorgung, Abwasserentsorgung und Müllbeseitigung – in bester Qualität, sparsam und effizient erbringen können. Und zwar auch kleine und kleinste Gemeinden unter schwierigen Bedingungen. Dort, wo eine allein die Probleme nicht lösen kann, hat sich die interkommunale Zusammenarbeit bestens bewährt, sie wird in Zukunft noch stärker und in den verschiedensten Bereichen zu forcieren sein.

Die Gemeinden können es also. Dagegen sind die privaten gewinnorientierten Unternehmen diesen Beweis noch schuldig geblieben. Sie agieren weltweit, sind für die Bürger also „weit vom Schuss“ und fühlen sich ausschließlich ihren Aktionären verantwortlich. Zu Recht stellt der Präsident des Verbandes der Öffentlichen Wirtschaft und Gemeinwirtschaft Österreichs, Bundesminister a.D.

Dr. Caspar Einem in Zusammenhang mit der Daseinsvorsorge fest: „Dort, wo Güter oder Dienstleistungen privatwirtschaftlich erbracht und über den Markt verkauft werden, ist zweifellos ein geregelter und fairer Wettbewerb im Interesse der Konsumenten, namentlich der schwächeren unter ihnen. Der Wettbewerb bringt es aber mit sich, dass die Versorgung der wirtschaftlich schwächeren oder der regional entfernten Abnehmer nicht rentabel ist. Sie laufen dann in Gefahr, gar nicht versorgt zu werden.“

Dazu darf es nicht kommen! Und deshalb muss die kommunale Kernkompetenz für die Daseinsvorsorge unangetastet bleiben. Mehr noch: Sie muss endlich verfassungsmäßig verankert werden. Auch deshalb, weil man in Brüssel trotz mancher negativer Erfahrungen nach wie vor am Glauben an die allein seligmachende Liberalisierung und Privatisierung hängt. Wir müssen also weiter wachsam bleiben. Über diese Verankerung wurde auch im Österreich-Konvent Einigkeit erzielt. Und wir sehen nicht ein, warum dieser einhellige Beschluss in einer Schublade verstauben soll, nur weil der Konvent zu keinem abschließenden Gesamtergebnis gekommen ist. Das gilt im übrigen auch für die von uns geforderte Bestandsgarantie für Gemeinden gegen erzwungene Zusammenlegungen. Auch das ist ein Punkt, der für die Zukunft des ländlichen Raumes von größter Bedeutung ist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Lassen Sie mich aus dem umfangreichen und vielfältigen Aufgabenkatalog der Kommunen noch ein Kapitel hervorheben, das sowohl aus Sicht der ländlichen Regionen wie auch aus jener des Gesamtstaates von größter Bedeutung ist. Der Tourismus stellt unbestritten einen der Motoren der österreichischen Volkswirtschaft dar. Und er ist zugleich für viele ländliche Gebiete die wichtigste, sehr oft auch die einzige echte Zukunftschance.

Die durch den Tourismus ausgelösten Gesamteffekte belaufen sich auf mehr als 40 Milliarden Euro pro Jahr, das entspricht einem Anteil von rund 16,5 Prozent am Bruttoinlandsprodukt. Und gleichzeitig hängt jeder fünfte Vollarbeitsplatz direkt oder indirekt von der Tourismus- und Freizeitwirtschaft ab.

Es ist ein doppelter Effekt, den ein erfolgreicher Tourismus in den ländlichen Regionen auslöst: Auf der einen Seite wird die Wertschöpfung verbessert, es werden Arbeitsplätze geschaffen und erhalten. Und auf der anderen Seite dienen die Einrichtungen, die für die Gäste geschaffen werden, auch der einheimischen Bevölkerung, sie erhöhen die Lebensqualität und machen den Wohnort attraktiver.

Es sind vor allem die Kommunen, die diese Einrichtungen schaffen. Sagen wir es ganz klar: Ohne die kommunale Infrastruktur könnte der Wirtschaftsmotor Tourismus nicht laufen! Ich nenne als Beispiel immer die traditionsreiche Fremdenverkehrsgemeinde Lech am Arlberg. Sie hat 1.400 Einwohner, muss aber Infrastruktureinrichtungen für 15.000 Menschen zur Verfügung stellen.

Aus allen diesen Gründen hat der Österreichische Gemeindebund eine „Dachstein-Deklaration“ erarbeitet, die vor wenigen Tagen in der erfolgreichen Tourismus-Gemeinde Schladming unterzeichnet wurde. Sie unterstreicht die Bedeutung der Tourismuswirtschaft und die tragende Rolle der Kommunen. Und sie fordert unter anderem zusätzliche finanzielle Mittel für die Gemeinden, die Förderung der interkommunalen Zusammenarbeit sowie gemeinsame Tourismusstrategien, also das innovative Zusammenwirken von Bund, Ländern, Regionen, Gemeinden und Tourismusverbänden bei der Planung und Realisierung von Tourismusprojekten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich sage es noch einmal: Die mit vielen Problemen konfrontierten ländlichen Regionen brauchen die funktionierenden, leistungsfähigen und finanziell entsprechend ausgestatteten kleinen und mittleren Gemeinden. Und deshalb ist es für die Zukunft des ländlichen Raumes von größter Bedeutung, ob und inwieweit es uns gelingt, die Sorgen, Anliegen und Forderungen der Kommunen bei zwei aktuellen politischen Weichenstellungen einzubringen und durchzusetzen:

Bei den Finanzausgleichsverhandlungen und bei der Bundesstaatsreform!

Für einen gerechten Anteil der Gemeinden am Steuerkuchen zu kämpfen, das war von Anfang an Hauptaufgabe der kommunalen Interessenvertretung. Es darf daran erinnert werden: Letzter Anstoß für die Gründung des Gemeindebundes war vor 60 Jahren der erste Finanzausgleich, an dessen Zustandekommen die kleinen und mittleren Gemeinden nicht beteiligt waren und der daher mit dem „Geburtsfehler“ des abgestuften Bevölkerungsschlüssels behaftet war und bis heute behaftet ist. Und was die laufenden Gespräche betrifft auch ein klares Wort: Der Gemeindebund hat keine vorgezogenen Finanzausgleichsverhandlungen verlangt! Sie wurden durch das Programm der Bundesregierung ausgelöst und von den Ländern gefordert, weil Projekte wie die Mindestsicherung oder die Pflegefinanzierung das bestehende Gefüge sprengen. Wir haben diese Argumente akzeptiert und sind gut vorbereitet, mit klaren Zielvorstellungen, in die Verhandlungen gegangen.

Dort bekommen wir dann zu hören – und auch in der Öffentlichkeit wird das geschickt gespielt - die Gemeinden sollen doch zufrieden sein, dass sie dank sprudelnder Steuergelder Super-Einnahmen haben. Nun, natürlich sind wir glücklich, dass die Wirtschaft gut läuft und die Ertragsanteile besser als erwartet fließen.

Aber man muss schon noch etwas genauer hinschauen. Denn von den Mehreinnahmen landen gerade 11 Prozent in den Gemeindekassen. 25 Prozent sind es, wenn man Länder und Gemeinden zusammen nimmt. Das heißt, 75 Prozent der Mehreinnahmen streift der Bund ein! Nebenbei gesagt: Das Verhältnis würde sich noch wesentlich zu Ungunsten der Gemeinden verschieben, hätten wir nicht bei den letzten FAG-Gesprächen endlich den einheitlichen Verteilungsschlüssel bei allen gemeinschaftlichen Bundesabgaben erreicht.

So viel also zu den angeblichen „Super-Einnahmen“ der Gemeinden. Und dazu kommt ein weiteres: Steigende Einnahmen nützen wenig, wenn gleichzeitig die Ausgaben noch kräftiger zulegen. Und das ist gerade in Bereichen der Fall, in denen die Gemeinden gefordert sind. Wobei der Bund nur allzu leicht der Versuchung unterliegt, Verantwortung und Kosten abzuschieben.

Nehmen wir zum Beispiel das Bildungswesen. Die Gemeinden sind wirklich bereit, alles nur Menschenmögliche für unsere Kinder zu tun. Schließlich sind die Kindergartengruppen und die Klassenzimmer jene Orte, in denen unsere Zukunft entschieden wird. Aber auf der anderen Seite erlässt der Bund frisch-fröhlich Gesetze, an die er selbst sich nicht zu halten braucht oder an die er sich nicht hält.

So ist es etwa bei den Klassenschülerhöchstzahlen. An den Pflichtschulen werden sie strikt eingehalten, obwohl das vielen Gemeinden große Opfer abverlangt hat. An den Allgemeinbildenden Höheren Schulen des Bundes allerdings nimmt man es bei weitem nicht so genau.

Genau so schaut es bei der Nachmittagsbetreuung aus. Sie ist an den AHS einfach kein Thema, sehr wohl aber bei den Kindergärten und Pflichtschulen. In den Städten kann man die Probleme noch relativ einfach lösen, man kann am Nachmittag die Kinder aus mehreren nahe beieinander liegenden Schulen zusammenführen. Auf dem Land mit kleineren, weit verstreuten Schulen ist das nur sehr schwer möglich. Es entstehen Kosten, die von kleinen Landgemeinden auch beim besten Willen nicht zu bewältigen sind.

Ein schwieriges Kapitel, weil hier die Kosten besonders rasant steigen, ist wie immer das Gesundheitswesen. Das Argument, dass die Gemeinden im Spitalssektor in den letzten Jahren von wesentlichen Aufgaben und Ausgaben entlastet wurden, sticht nicht. Denn mit Ausnahme der Steuermark müssen sie auch weiterhin im Umlageverfahren die Abgänge mitfinanzieren. Und zwar im steigenden Ausmaß, während der Bund seine Beiträge gedeckelt hat.

So kann es auf Dauer nicht weitergehen. Der Krankenhaussektor ist jener Bereich, in dem die Kosten am dramatischsten steigen und es ist untragbar, dass der medizinische Fortschritt und die Folgen der demographischen Entwicklung ausschließlich von den Ländern und den Gemeinden finanziert werden. Daher fordern wir die Aufhebung der Deckelung der Beiträge des Bundes und der Sozialversicherung

Skepsis ist auch bei allen Aussagen über anscheinend unerschöpfliche Einsparmöglichkeiten im Gesundheitswesen. Denn es ist immer die Frage zu stellen, ob solche Einsparungen nicht anderswo Löcher aufreißen. Eine Reduzierung der Verweildauer etwa entlastet zwar das Spital, steigert aber den Bedarf an Pflegebetten und fällt damit letztlich den Gemeinden auf den Kopf.

Ein weiteres wichtiges Ziel, mit dem wir in die Finanzausgleichsverhandlungen gegangen sind, ist eine weitere Abflachung des abgestuften Bevölkerungsschlüssels. Wir wollen eine Gleichstellung aller Gemeinden bis 20.000 Einwohnern und sind überzeugt, dass davon starke Impulse für die Stärkung des ländlichen Raumes ausgehen würden. Dabei ist uns wichtig, dass diese Verbesserung für die kleinen und mittleren Gemeinden – es geht um ein Volumen von rund 133 Millionen Euro - nicht zu Lasten der Städte erfolgen darf.

Wir stellen, liebe Freunde vom Bund und von den Ländern, diese Forderungen sehr selbstbewusst. Weil die Gemeinden in der Vergangenheit bewiesen haben, dass sie mit den ihnen zur Verfügung gestellten Geldern sehr sorgsam, verantwortungsbewusst, sparsam und im Sinn der Bürger umgehen. Auf Gemeindeebene hätte es jedenfalls ein Schlamassel wie das um das Kindergeld nicht gegeben. Weil Bürgernähe das beste Rezept gegen Missbrauch ist! Das haben die Gemeinden bei der Sondernotstandshilfe gezeigt. Und im übrigen ergibt sich hier eine ernste Frage: Wo steuern wir eigentlich hin, wenn eine Ministerin in aller Öffentlichkeit dafür geprügelt wird, dass sie ein Gesetz vollzieht? Das ist ihre Pflicht, alles andere wäre ein glatter Rechtsbruch.

Damit bin ich eigentlich schon bei den Zuständigkeiten und somit bei der Bundesstaatsreform. Hier macht uns vor allem eine Absicht Sorgen, nämlich der Vorschlag, die Gemeindeaufsicht bei den Ämtern der Landesregierungen zugunsten der Landesrechnungshöfe und von Landesverwaltungsgerichten abzuhalftern.

Ich kann hier kaum Vorteile erkennen, sehr wohl aber einige gravierende Nachteile. Und zwar sowohl für die Gemeinden wie auch für die Bürger,

Denn die Gemeindereferate der Länder sind ja nicht nur „Wächter“, sie sind auch Berater der Kommunalpolitiker mit großer Erfahrung und einem enormen Fachwissen. Von einem Richter an einem Landesverwaltungsgerichtshof kann man eine solche Unterstützung sicher nicht erwarten. Wird den Gemeindereferaten die Bescheidprüfung und die Finanzkontrolle entzogen, dann ist ganz klar, dass die Fachbeamten anderwärtig eingesetzt werden. Sie werden innerhalb der Ämter der Landesregierungen sozusagen in alle Winde zerstreut, ihre Erfahrung und ihr Fachwissen ist für die Gemeinden verloren.

Ich glaube auch nicht an Vorteile für die Bürger. Wenn man sich vor Augen hält, was an Arbeit auf die künftigen Landesverwaltungsgerichte zukommt, dann ist wohl kaum mit einer Verkürzung der Verfahren zu rechnen. Eher schon damit, dass sie wesentlich länger dauern.

Ebenso skeptisch sind wir gegenüber einer Kontrolle der Gemeinden unter 20.000 Einwohner durch die Landesrechnungshöfe. Sehen wir es doch realistisch: Die kleinen und mittleren Gemeinden, die der Kontrolle durch die Aufsichtsbehörde unterliegen, haben ihre Defizite im Großen und Ganzen in Ordnung. Anders wäre es ja nicht möglich, dass die Gemeinden als einzige Gebietskörperschaft den Stabilitätspakt immer erfüllt, ja übererfüllt haben. Die großen Defizite gibt es eher dort, wo der Rechnungshof ohnehin schon prüft.

Kurzum: Ich meine, die Gemeindeaufsicht ist einer jener Bereiche, bei denen man der „Reformitis“ durchaus Zügel anlegen sollte.

Dagegen möchte ich den Reformeifer auf ein anderes Feld lenken. Dringend notwendig wäre eine zeitgemäße Neudefinition des eigenen Wirkungsbereichs der Gemeinden. Die Verfassungsbestimmungen aus den 60er-Jahren sind nämlich eher schwammig gehalten und entsprechen nicht mehr den

Anforderungen von heute. Da findet man etwa die „freiwillige Feilbietung beweglicher Sachen“ oder die Sittlichkeitspolizei, aber kein Wort über die Daseinsvorsorge oder den Umweltschutz. Also über jene Aufgaben, die die Gemeinden in ihrer täglichen Arbeit am meisten beschäftigen.

Sie sehen, meine Damen und Herren, wir haben uns viel vorgenommen. 2007 ist für den Österreichischen Gemeindebund zwar ein Jubiläumsjahr, aber keineswegs ein Jahr, in dem wir nur feiern. Ganz im Gegenteil.

Natürlich halten wir Rückschau und freuen uns über die Erfolge der vergangenen Jahrzehnte. Sie haben Österreichs Gemeinden innerhalb des Staatsganzen eine Position gebracht, die weltweit einzigartig ist, um die wir beneidet werden. Aber vor allem soll uns das Jubiläum eine Kraftquelle sein. Aus den Erfolgen von gestern wollen wir Mut und Zuversicht für die Bewältigung der Herausforderungen von heute und morgen schöpfen.

Ein Mutmacher ist für mich auch immer der Österreichische Gemeindetag. Weil er die Leistungskraft und die Geschlossenheit der Gemeinden eindrucksvoll demonstriert. Ich denke da vor allem an den letzten Gemeindetag in Wien. Inmitten eines scharfen Nationalratswahlkampf, in dem zeitweise – wie man bei uns sagt – „die Hackeln sehr tief geflogen“ sind - präsentierte sich die österreichische Kommunalpolitik einig, der Sache und nicht der Parteipolitik verpflichtet. Die anwesenden wahlkampf-gestressten Bundespolitiker waren darüber fast ein bisschen erstaunt, aber mich hat es nicht überrascht. Denn das ist ja das Erfolgsrezept der Gemeinden und ihrer Interessenvertretung: Dass sie bei aller Gesinnungstreue in den entscheidenden Fragen das Gemeinsame über das Trennende stellen!

Der größte Mutmacher aber sind Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren, die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, die Gemeindevandatare sowie die

Gemeinde-Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Denn eine Interessenvertretung kann letztlich nur so gut sein wie ihre Mitglieder. Alle Argumente und Forderungen des Gemeindebundes müssten wirkungslos verpuffen, würden die Gemeinden ihre Aufgaben für die Menschen nicht erfüllen. Oder anders herum: Die Basis für die Erfolge der letzten sechs Jahrzehnte ist die hervorragende Arbeit, die in den Gemeinden geleistet wurde und geleistet wird!

Dafür sage ich Ihnen allen ein aus dem Herzen kommendes Dankeschön. Und ich verbinde diesen Dank mit der Bitte, sich auch in Zukunft mit aller Kraft für Ihre Mitbürger zu engagieren. Auch wenn dieses Engagement nicht immer so anerkannt und bedankt wird, wie es sich das verdienen würde.

Arbeiten wir gemeinsam, dass auch künftige Generationen sagen können: „Meine Gemeinde sorgt dafür“, sie gibt mir Lebensqualität, Sicherheit, Geborgenheit, kurzum Heimat. Damit also die Gemeinden bleiben können, was sie waren und was sie sind: Zentrum des Lebens!